

Gemeinsame Stellungnahme zum Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesfinanzministeriums:

Lässt sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble von Wissenschaftlern beraten, die ein wissenschaftlich unhaltbares und politisch verheerendes Gutachten erstellt haben?

Letzte Woche veröffentlichte der »Wissenschaftliche Beirat« des Bundesfinanzministeriums ein klimapolitisches »Gutachten«, das zu abenteuerlichen Schlüssen kam: Deutschland und die EU sollen ihre »ambitionierte« Klimapolitik aufgeben. In Ermangelung eines internationalen Abkommens würden andere Länder noch weniger Klimapolitik betreiben. Deshalb verursache eine nationale Klimaschutzpolitik nur volkswirtschaftliche Kosten, Konsumverzicht, Arbeitsplatzverluste, Wachstumseinbußen und wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft. Zudem würden denjenigen Wettbewerbsvorteile verschafft, die keine Klimapolitik betreiben. Konsequenz: Deutschland solle lieber Geld ausgeben, sich an den Klimawandel anzupassen, bis hin zu »gezielter Preisgabe von Land und gezielter Besiedelung derzeit unwirtlicher nördlicher gelegenen Landstrichen«. Das verursache zwar auch Kosten, verschaffe aber anderen keine Wettbewerbsvorteile.

Vor vier Jahren rechnete der früheren Chefökonom der Weltbank, Lord Nicholas Stern, in einem bahnbrechenden Bericht vor, welche wirtschaftlichen Kosten der Klimawandel verursachen wird. Er kam zu dem wenig überraschenden Ergebnis: den Klimawandel zu vermeiden ist, deutlich kostengünstiger als sich an seine Folgen anzupassen. Lord Stern schätzt die Kosten für die Stabilisierung der Treibhausgasemissionen auf etwa 1% des globalen Bruttoinlandsprodukts, vorausgesetzt, es wird sofort agiert. Demgegenüber stehen - wenn nicht gehandelt wird - Kosten des Klimawandels gegenüber, die mindestens 5% und bis zu 20% des globalen Bruttoinlandsproduktes betragen.

Heute stellen sich diese deutschen Ökonomen gegen die zentralen Aussagen von Lord Nicholas Stern, ohne auch nur eine einzige belastbare empirische Rechnung vorzunehmen.

Das Gutachten kommt zu drei zentralen Thesen:

These 1: Eine Vorreiterrolle einzelner Staaten oder Regionen führt nur zu hohen Kosten und kann sogar das Zustandekommen weltweiter Klimavereinbarungen unwahrscheinlicher machen.

Die Argumentation des Beirats in dieser Frage ignoriert die Erfahrungen mit der Schaffung und Internationalisierung erfolgreicher Politiken aus einer Vielzahl von Bereichen (von klassischen Schadstoffen bis zu den Erneuerbaren Energien). Taktische Spiele mit den besonders betroffenen Staaten oder das illusorische Warten auf eine internationale Gesamtlösung im Kaltstart haben sich bisher nicht als besonders erfolgreich erwiesen. Im Gegenteil hat gerade die frühzeitige Einführung ambitionierter Politik in einzelnen Staaten einerseits den Boden bereitet und die Akzeptanz verbessert, so dass andere Staaten auf

ähnliche Wege einschwenken. Zudem hat frühzeitiges Handeln für die Vorreiter auch zu wirtschaftlichen Vorteilen geführt. Der Erfolg der Einführung von neuen Entwicklungsmodellen durch innovative Vorreiter in der praktischen Politik ist schon lange bewiesen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben die Vorteile wirksamer Klimapolitik längst verstanden. Nach einer Umfrage vom Januar unterstützen 95% der Deutschen den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Denn der Ausbau der Erneuerbaren Energien senkt die Abhängigkeit von knapper werdenden importierten fossilen Energieträgern aus politisch instabilen Regionen. Über sechs Milliarden Euro Energie-Importkosten hat Deutschland 2008 durch die Erneuerbaren einsparen können (Quelle BMU). Fossile Energieträger sind nicht nur klimafeindlich, sondern werden knapper und daher teurer, Erneuerbare Energien dagegen mit dem technischen Fortschritt immer billiger. Erneuerbare Energien schaffen als eine der wenigen Branchen Hunderttausende Arbeitsplätze. Weltweit gehen inzwischen 60 Prozent der Investitionen im Energiesektor in die Erneuerbaren. Deutschland ist aufgrund der gezielten Förderung der Erneuerbaren fast überall Marktführer. Dass es ökonomischer und ökologischer ist, ein Haus zu isolieren statt Wärme durch die Fenster entweichen zu lassen, versteht jedes Kind. Die Dezentralisierung der Stromwirtschaft stärkt Wettbewerb und Versorgungssicherheit. Das beste Beispiel ist der Siemens-Konzern, der im November bekanntgab, ohne das rasch wachsende Geschäft mit Umwelt- und Klimaschutztechnik wäre 2009 das Geschäft erheblich eingebrochen. Vor allem Windkraftanlagen hätten sich blendend verkauft, aber auch sparsame Dampfturbinen, Züge und intelligente Stromnetze.

These 2: Anpassung an den Klimawandel ist vorteilhafter für den Nationalstaat als eine einzelstaatliche Verminderung der Treibhausgasemissionen.

Denkt man die Empfehlungen von Schäubles Beratergruppe zu Ende, würde kein Staat der Erde mehr Treibhausgase reduzieren. Jede Klimaschutzmaßnahme eines Staates die auf die Vermeidung von Treibhausgasemissionen abzielt, wäre per se gegen das eigene Landesinteresse gerichtet. Alle Staaten würden sich ausschließlich nur noch an den erwarteten Klimawandel versuchen anzupassen. Der Klimawandel selbst würde wegen fehlender Klimaschutzpolitik aber immer dramatischer ausfallen, so dass er in vielen Ländern eine Anpassung unmöglich machen würde.

These 3: Die Anpassungsstrategie sichert nicht nur unmittelbar die Anpassung an die Klimaveränderung, sondern stärkt sogar die Chancen auf eine effektive internationale Vereinbarung der Emissionsminderung. Auf Seite 27 wird erklärt wie dies gehen soll:

„Die Wirkung von Anpassungsmaßnahmen auf die Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens einer effizienten Weltklimavereinbarung kann durchaus positiv sein. Sollte es auf der Seite der weniger entwickelten und armen Länder unrealistisch hohe oder übertriebene Erwartungen hinsichtlich der tatsächlichen Opferbereitschaft der Industrieländer geben, kann eine sichtbare und konsequent verfolgte Anpassungsstrategie seitens der entwickelten Industrienationen diese Erwartungen korrigieren helfen und so zu einer internationalen Konsensfindung beitragen.“

Im Klartext heißt dies, dass die Industrieländer, die durch die exorbitanten Treibhausgasemissionen in der Vergangenheit viele Länder in ihrer Existenz bedrohen, diese Drohung durch Nichtstun weiter verstärken sollen. Treibhausgasausstoß wird als bewusste Drohung der Vernichtung eingesetzt, um die ohnmächtigen Staaten in die Knie zu zwingen. Bekanntermaßen emittieren diese armen Staaten aber in keinem nennenswerten Umfang Emissionen, die sie reduzieren könnten. Die Frage bleibt, an wen sich dann die Drohung richtet? China und Indien? Oder sollen die ärmsten Länder zum Verzicht auf berechnete Ausgleichszahlungen getrieben werden? In diesem Kontext ausgerechnet von „Opferbereitschaft der Industriestaaten“ zu sprechen, ist besonders perfide. Gerade die Industriestaaten sind in diesem Zusammenhang nie Opfer gewesen. Opfer sind die Staaten und Inseln, die durch die Emissionen der Industriestaaten von der Vernichtung bedroht sind.

Gegen diese Form von zynischer, verantwortungsloser und als „Wissenschaft“ deklarierte Ideologie wenden sich die Unterzeichner. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich von diesem Gutachten und seinem Inhalt zu distanzieren. Es wird Zeit, dass Finanzminister Schäuble die eklatanten wissenschaftlichen Mängel seines »Wissenschaftlichen Beirats« behebt. Nur eine grundlegende Reform ist geeignet, dessen Glaubwürdigkeit wiederherzustellen.

Die Klima-Allianz und das Forum Umwelt und Entwicklung repräsentieren rund 30 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.